

Die Wahlprogramme im Wortlaut.

Einige der relevanten Passagen zu Finanzmärkten, Kapitalmarktunion, Banken, Steuern, Investitionen etc.

SPÖ:

Das Wahlprogramm der SPÖ bleibt zu geld- und finanzpolitischen Fragen insgesamt leider recht vage. Unter der Überschrift „EINE STARKE UND OFFENE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT IN DER WELT“ sind folgende Punkte aufgelistet:

„Wir wollen das europäische Sozialmodell fördern, indem wir öffentliche Investitionen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene nutzen, um eine widerstandsfähige, nachhaltige und faire Wirtschaft zu entwickeln, die gute Arbeitsplätze schafft.

- Wir wollen einen Investitionsplan für den grünen und digitalen Wandel, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sowie unsere Wirtschaft zu reindustrialisieren und sie innovativ, wettbewerbsfähig und kreislauffähig zu machen.
- Wir wollen eine „Made in Europe“-Strategie und eine gemeinsame Finanzierung für Projekte von gemeinsamem Interesse in Europa.
- KMU, Selbstständige, Start-Ups, Genossenschaften und sozialwirtschaftliche Unternehmen sind unverzichtbar und müssen unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für Frauen und junge Menschen, die eigene Unternehmen gründen. [...]

Wir sagen Nein zu einseitiger Sparpolitik. Wir sagen Ja zum Schutz der Arbeitnehmer*innen vor Krisen, zur Regulierung der Finanzmärkte, zur Bekämpfung von Spekulation und zu einer EU-Architektur, die den Mitgliedstaaten ermöglicht, in eine grüne und soziale Zukunft zu investieren.“ (S. 8)

ÖVP:

„Europa, aber besser“ bedeutet für die ÖVP unter anderem:

„Europäische Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz dürfen nicht auf Kosten der Unternehmen gehen. Zusätzlich braucht es beste digitale Infrastruktur und die Schaffung der europäischen Kapitalmarktunion zur Finanzierung von Wachstums- und Innovationsprojekten.“ (S. 19)

- „Schaffung einer echten EU-Kapitalmarktunion: Dadurch soll die Finanzierung von Unternehmen über die Kapitalmärkte vereinfacht und ausgebaut werden. Davon können vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren.
- Stärkung des Risikokapitalmarktes als wichtigen Faktor für Innovation und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit
- Sicherung der Kreditfinanzierung und Bewahrung der vielfältigen Bankenstruktur in Europa
- Stärkung des Euro durch Erweiterung der Eurozone unter strenger Einhaltung der Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien)“ (S. 21)

WAHLCHECK EU-WAHL 2024

- „Beibehaltung der Einstimmigkeit in Bereichen wie beispielsweise dem Sicherheits-, Sanktions-, Steuer-, Finanz-, Erweiterungsbereich sowie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (S. 49)

FPÖ:

Unter den Forderungen der FPÖ zur EU-Wahl findet sich nichts Explizites zum Thema Geld- und Finanzsystem oder Bankenreform. Eine prominente Forderung stellt jene nach dem Erhalt des Bargelds dar.

„Mit der Abschaffung des 500-Euro-Scheins, der Einführung einer Bargeldobergrenze von 10.000 Euro und mit dem digitalen Euro sagt die EU dem Bargeld den Kampf an, um den finanziell gläsernen Bürger zu schaffen – überwacht, kontrolliert und bevormundet. Mit der „digitalen Identität“ will die EU die Bürger zu Untertanen machen, deren Freiheiten sie – wie im kommunistischen China – jederzeit einschränken kann. Daher fordern wir: Erhalt des Bargeldes und uneingeschränktes; Recht auf Bargeldzahlung; Keine digitale Identität.“ (S. 14)

DIE GRÜNEN:

Die Grünen wollen innovative Betriebe als Vorreiterinnen stärken und die Finanzmärkte zügeln:

Viele kleine, mittlere und Ein-Personen-Unternehmen agieren heute schon nachhaltig und zukunftsweisend. In dieser Rolle müssen wir sie bestärken, fördern und ihre Erfahrung als Vorbild in der Umstellung zu einer klimaneutralen Wirtschaft nutzen. Betriebe, die heute noch konventionell wirtschaften, sollen bei ihrer Umstellung auf allen Ebenen unterstützt und ermutigt werden: durch finanzielle Anreize, leicht zugängliche Förderungen, strategische Kooperationen und mit dem Wissen jener Betriebe, die diesen Weg schon erfolgreich gegangen sind. (S. 75)

„Der kurzfristige Handel mit Finanzprodukten und hochriskante Spekulationen können großen Schaden anrichten. Wir wollen die immer wilderen Experimente auf unseren Finanzmärkten einbremsen – durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese vermindert gefährliche Spekulationen, schafft neue Einnahmen für das EU-Budget und gibt uns dringend notwendige Spielräume für Investitionen in unsere Zukunft, von denen wir alle etwas haben.“ (S. 82)

NEOS:

Unter dem Titel „FINANZIELL SOLIDES EUROPA ALS GESUNDE BASIS“ finden sich folgende Vorschläge:

Fiskalregeln müssen verbindlicher werden. Eine Reform der Fiskalregeln ist notwendig: An die großen Linien – eine Neuverschuldung von 3 Prozent des BIP, ein Schuldenstand von 60 Prozent des BIP – haben sich viele Länder nie systematisch gehalten. Zudem waren die Regeln im Detail unverständlich und schlecht begründet. Eine Reform der Fiskalregeln muss aber sicherstellen, dass die EU-Länder ihre Staatsschulden und -defizite tatsächlich senken, um nicht in eine erneute Schuldenkrise zu schlittern. Das ist wichtig, ohne das Wachstum oder strategisch wichtige Investitionen (für Energietransformation, Klima,

WAHLCHECK EU-WAHL 2024

Digitalisierung) abzuwürgen. [...] Solide Finanzen sichern die Spielräume für Zukunftsinvestitionen. [...] Solide Staatsfinanzen sind und bleiben wichtige Voraussetzungen im Kampf gegen die hohe Inflation und sichern zudem die Spielräume für langfristig wirksame Zukunftsinvestitionen. Fairer Steuerwettbewerb hilft uns allen, da er Regierungen dazu zwingt, verantwortungsvoll mit unserem Steuergeld umzugehen und Reformen anzugehen. Allerdings schaden Steuerschlupflöcher der sozialen Marktwirtschaft und dem fairen Wettbewerb zwischen Unternehmen, wenn global tätige Konzerne wie Amazon Steuern vermeiden können, der lokale Bäcker aber nicht. Diese Schieflage kann nur europäisch gelöst werden. [...] Klare Verantwortlichkeiten sollen eine neue Schuldenkrise verhindern. Das Ende der Niedrigzinsphase kann in den kommenden fünf Jahren wieder die Frage nach der Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen einzelner Euroländer aufwerfen und an den Kapitalmärkten zu Spekulationen führen. Darauf muss sich die Eurozone vorbereiten. Es braucht ein Insolvenzrecht für Staaten der Eurozone, das den Mitgliedern der Währungsunion die Möglichkeit gibt, die Schulden wieder auf ein nachhaltiges Maß zu senken. Dieses Insolvenzrecht soll mit einem klaren Reformprogramm verbunden sein, das ein zu schaffender Europäischer Währungsfonds (EWF) überwacht. Dieser soll die Stabilität des Währungsraums sichern und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ablösen. [...] Die EZB muss sich auf das Wesentliche konzentrieren. Dass die Währungsunion noch immer unvollständig ist, war und ist eine Belastung für die Europäische Zentralbank. Sie muss sich darauf konzentrieren, im Euroraum zurück zu stabilen Preisen zu kommen.“ (S. 23)

KPÖ

Die KPÖ wendet sich als einzige Partei gegen neoliberale Politik und nimmt bei ihren geldpolitischen Vorschlägen Anleihen an der Modern Monetary Theory (MMT), die sich für eine Ausweitung öffentlicher Investitionen in Grundversorgung und Infrastruktur ausspricht.

„Die neoliberale Politik der EU hat die Grundversorgung und Infrastruktur vieler Mitgliedsländer ausgehungert, während die Politik der Europäischen Zentralbank absichtlich darauf abzielt, durch hohe Zinsen die Arbeitslosigkeit zu erhöhen und so hofft die Inflation einzubremsen. Schrankenlose Märkte ermöglichen Spekulationen, treiben Preise hoch und schaffen Ungleichheiten. Diese Entwicklung belastet den Alltag vieler Menschen in der gesamten EU massiv.“ (S. 12)

Und unter der Überschrift „Das Geld ist da: Für ein soziales und ökologisches Europa“:
„Nach der Krisenbekämpfung der letzten Jahre steigt die Gefahr, dass die Kürzungspolitik in Europa bald wieder auf der Tagesordnung steht. Die KPÖ kämpft gegen überholte und antisoziale Austeritätspolitik, die im Süden Europas, aber auch in Osteuropa in den letzten Jahren zu massiver Verelendung geführt hat. Die aktuelle Reform der Maastricht-Kriterien bringt keine Verbesserungen. Statt der Beschneidung unserer Demokratie durch Kürzungsregeln, braucht es Vorgaben für die Investition in die soziale und ökologische Transformation. Geld dafür ist da. Die EZB soll Zinspolitik für die Massen, nicht für die Banken machen.“ (S. 14)

„Zudem setzen wir uns für Maßnahmen ein, die die Übergewinne der Krisengewinner abschöpfen. Insbesondere von den Banken, deren Profite aufgrund der Zinswende explodieren, holen wir uns das Geld zurück. (S. 15)

WAHLCHECK EU-WAHL 2024

Die Spekulation auf steigende Eigentumspreise verbaut vielen Mietwohnungen die besten Baugründe. Steigende Eigentumspreise bedeuten steigende Mieten. Stagnieren die Eigentumspreise, steigt der Druck auf die Mieten jedoch noch mehr, um Spekulationsgewinne abzusichern. Gegen diese internationalen Tendenzen ist die Europäische Union aufgerufen, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen.“ (S. 16)